Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,25 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Dienstag, den 31. Mai 1927 — Nummer 125

Um den 1. Juni!

Ein sozialdemokratisches Koalitionsangebot

Dresden, am 31. Mai.

S. Die stillen Teilhaber der sächsischen Bürgerblockfiliale, die Deutschnationalen, haben den Regierungsparteien in Sachsen den für den 1. Juni ausgestellten Wechsel präsentiert. Die schwarz-weiß-roten Gläubiger drängen auf Einlösung. Vor den Regierungsparteien steht nunmehr die Frage: entweder den politischen Wechselforderungen der Deutschnationalen Rechnung zu tragen oder aber das öffentliche Bekenntnis des politischen Bankrotts abzulegen und das Geschäft zu liquidieren. Die beteiligten Bürgerblockaktionäre fürchten das eine ebensosehr wie das andere, zumal sich die besonderen Interessen der Koalitionsparteien nicht in allen Fällen auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen — es sei denn, daß die zur Sanierung der Regierungskoalition notwendigen, politisch vollständig korrupten **ASPS-Leute,** die **Demokraten** und die „rot gestempelten Tausendmärker", genannt „Volksrechtspartei", auf Gedeih und Verderb mit den Deutschnationalen zusammengehen. Das Geschäft aber bleibt ein Risiko — insbesondere für die kleinen Betrüger, die jetzt schon jeden politischen Kredit verloren haben und deren parlamentarische Aktien im Kurse immer tiefer sinken.

Soweit sich jetzt die Dinge übersehen lassen, sind die Deutschnationalen nicht länger gewillt, sich mit der stillen Teilhaberschaft an dem reaktionären Unternehmen zufriedenzugeben, wenngleich sie auch nach den angeblich resultatlosen Verhandlungen vom Sonnabend ihren Wechsel prolongieren mußten. In der Zielsetzung ihrer reaktionären Pläne sind die Deutschnationalen noch niemals bescheiden gewesen. So nutzen sie auch jetzt wieder die Situation nach der bekannten Methode politischer Erpresser und erheben Anspruch auf die ihnen zugesicherten Ministerposten. Die guten Pfründe der schwarz-rot-goldenen Republik haben die schwarz-weiß-roten Futterkrippenjäger noch nie verschmäht.

Das Verlangen der Deutschnationalen auf Eintritt in die sächsische Regierung bedeutet aber nicht nur die Forderung auf persönliche Garantien. Sie wollen nach dem Vorbild der Bürgerblockregierung im Reiche eine weitere Verstärkung ihres reaktionären Einflusses auf den politischen Kurs in Sachsen. In den Sattel gehoben durch die Steigbügelhalter der ASPS, möchten sie nun auf Kandare reiten.

Ihr Auftreten ist ein Zeichen dafür, wie stark sie ihre Positionen einschätzen. Sie wissen, daß die **heillose Furcht vor Auflösung** des Landtages ernsthaften Widerstand seitens der Aufwertler und ASPS nicht erwarten läßt.

Wichtiger jedoch als die Frage des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung ist die Frage: Wer soll heraus? Bekanntlich erheben die Deutschnationalen die Forderung auf Verringerung der Ministersitze **von 7 auf 5.** Und wenn auch diese Forderung als ein Kompensationsobjekt schließlich fallengelassen wird, so sind die ASPS-Leute doch damit unter einen gewissen Druck gesetzt, zumal, wie gestern die Bandmann-Korrespondenz mitteilt, die Volkspartei als auch die Wirtschaftspartei, die beide zwei Ministersitze innehaben, infolge ihrer Stärke **fest entschlossen sind, keinen Sitz abzutreten.**

Bei den am Sonnabend stattgefundenen Verhandlungen, an denen, wie der Volksstaat gestern mitteilt, die ASPS-Vertreter nicht teilgenommen haben, ist eine Einigung über die Einlösung des Blankowechsels, den die Deutschnationalen in der Tasche haben, nicht erzielt worden. Die Schwierigkeiten sollen nach den vorliegenden Pressestimmen von den Demokraten bereitet worden sein, deren Landesausschuß sich vor wenigen Tagen in seiner Mehrheit gegen den Eintritt der Deutschnationalen ausgesprochen hat. Diese Meldung erscheint um so wahrscheinlicher, als auch gestern abend das Berliner Tageblatt in einem Leitartikel die Regierungsbeteiligung der Demokraten bei einem eventuellen Eintritt der Deutschnationalen mit folgenden Worten ablehnt. Das Blatt schreibt:

„Wird ein Deutschnationaler der Regierung beigestellt, also ein Politiker, der den Freistaat Sachsen in seiner Verwaltung und Kulturpolitik auf die Bahnen der ehemaligen Minister v. Metzsch und Beck zurückschieben will, dann kann es für die sächsischen Demokraten in diesem Kabinett kein Verbleiben mehr geben."

Diese Stellungnahme begründet der Dresdner Korrespondent des Berliner Tageblattes mit folgenden Zeilen:

„Eine Beteiligung an einem Kabinett mit Deutschnationalen würde für die sächsischen Demokraten, die innerhalb des Kabinetts in einer — für ihre Wähler aber nicht sichtbaren — Opposition stehen müßten, zu einer verhängnisvollen Belastung werden. Schon gärt es in den zu den Kreisen der Beamten und Lehrer zählenden Schichten der sächsischen Demokratie ....

Nein, in dieser gewiß nicht einfachen Situation gibt es für die Demokraten nur einen Weg, und diesen schreibt ihnen das Bekenntnis vor: Keine Mitarbeit in einem Kabinett, in dem die deutschnationale Reaktion ihr Spiel treibt."

Auch die Zittauer Morgenzeitung und die Neue Leipziger Zeitung haben in letzter Zeit zu verstehen gegeben, daß in demokratischen Kreisen keine Neigung besteht, den Forderungen der Deutschnationalen Rechnung zu tragen. Die Gründe für diese Stellungnahme sind wohl die gleichen, die im Berliner Tageblatt angegeben werden. Die Demokraten fürchten bei einem Zusammengehen mit den Deutschnationalen ihre letzten Wähler zu verlieren. Das ist es, was die Neue Leipziger Zeitung veranlaßt, die sächsischen Sozialdemokraten erneut aufzufordern, den ablehnenden Standpunkt aufzugeben und auch in Sachsen die Große Koalition zu schaffen.

Auf dieses Angebot antwortet gestern die Dresdner Volkszeitung in einem Aufsatz, aus dem klar ersichtlich ist, wie die Kieler Abkühlung bei den sächsischen linken SPD-Führern gewirkt und das in Kiel erneuerte Bekenntnis der SPD zur Koalitionspolitik hat wachsen lassen. Die Dresdner Volkszeitung antwortet auf das Liebeswerben der Demokraten und die Einladung zur GroßenKoalition wie folgt:

„Wir haben stets betont, daß wir eine Koalition nicht unter allen Umständen ablehnen, besonders nicht in den Einzelstaaten ...

Uebrigens wäre es Aufgabe der bürgerlichen Freunde **einer Koalition ihrer Parteien mit der Sozialdemokratie doch einmal zu sagen, was denn der Sozialdemokratie für diese Koalitionsbeteiligung gezahlt werden soll. Umsonst ist höchstens der Tod, aber nicht eine Koalition. Mit ein paar Ministersitzen allein ist der Arbeiterschaft noch nicht gedient. Die Sozialdemokratie hat nach den Neuwahlen im Jahre 1926 ein Aktionsprogramm** aufgestellt. **Wenn die Neue Leipziger Zeitung eine Koalitionsregierung für notwendig und nützlich hält, dann sollte sie zunächst einmal sagen, welche Forderungen des Aktionsprogramms ihrer Ansicht nach die bürgerlichen Parteien erfüllen sollen. Wie steht es z. B. mit einer Rückgängigmachung der reaktionären Verschlechterungen der Gemeindeordnung, wie mit einer Aenderung der ungerechten Bestimmungen über die Verteilung der Wiedererhöhung usw?"**

Das ist nichts anderes als ein geschickt verschleiertes Angebot an die Demokraten, nach diesem oder jenem Zugeständnis die Koalition mit den Demokraten einzugehen. Die Wirkungen des Kieler Parteitages sind unverkennbar. Die SPD will auf dem Wege über die Koalition mit den Demokraten den Wünschen des Parteivorstandes Rechnung tragen. Die SPD-Arbeiter erleben eine neue Enttäuschung. Wir haben vorausgesagt, daß die linken SPD-Führer bei der ersten besten Gelegenheit die Koalition mit dem Bürgertum eingehen werden. Die Rolle der linken SPD-Führer auf dem Kieler Parteitag und die an anderer Stelle von uns heute gekennzeichnete Haltung der sächsischen linken Führer läßt darüber keinen Zweifel mehr.

Wenn die SPD-Arbeiter einen neuen Verrat ihrer linken Führer verhindern wollen, dann gibt es für sie keinen anderen Ausweg als die gemeinsame Front mit den Kommunisten zum außerparlamentarischen Kampf zu schließen. Gegen die Koalitionspolitik, für ein rotes Arbeitersachsen!

Frauen — Heraus!

Der Aufmarsch der deutschen Arbeiterklasse am 1. Mai und die Antwort der Arbeiterklasse zum Stahlhelmaufmarsch am 7. und 8. Mai in Berlin hat gezeigt, daß das revolutionäre Proletariat entschlossen ist, die Gefahr des Faschismus abzuwehren.

Wir Frauen im Roten Frauen- und Mädchen-Bund stehen geschlossen hinter unseren Kameraden im RFB.

Das Reichstreffen des RFB muß auf die herausfordernde Demonstration der Faschisten die richtige Antwort geben. Es muß die Antwort geben auf die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entrechtung des Proletariats durch die Bürgerblockregierung der Großkapitalisten.

Die Arbeiterschaft wird Pfingsten in einer geschlossenen Kampffront mit dem Roten Frontkämpfer-Bund und dem Roten Frauen- und Mädchen-Bund aufmarschieren. Das 3. Reichstreffen wird nicht nur die Bevölkerung Berlins, sondern auch die des gesamten Reiches mobilisieren. Es wird Zeugnis ablegen von der ungebrochenen Kraft des deutschen Proletariats.

Der Rote Frauen- und Mädchen-Bund beteiligt sich an diesem Treffen; er fordert alle Frauen und Mädchen auf, mit zu demonstrieren:

Gegen die steigende Teuerung — gegen Mietwucher!
Gegen die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterin im Betrieb!
Für Lohnerhöhung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit!
Für ausreichenden Arbeiterinnenschutz!
Gegen die geistige Verdummung durch das Reichsschulgesetz!
Gegen die bürgerlichen Frauenorganisationen, die Kriegstreiber und Stützen des Faschismus!
Für das kämpfende Proletariat in China!
Für Sowjet-Rußland!
Für ein Sowjet-Deutschland!

Proletarische Frauen und Mädchen: wacht endlich auf! Begreift die Gefahr: Tretet ein in die Reihen der Einheitsfront! Auf, nach Berlin zum Roten Pfingsttreffen!

Roter Frauen- und Mädchen-Bund, Gau Ostsachsen.

Kieler Nachlese

„Der Parteitag holte die rote Fahne, die 1918 in Kiel gehißt worden war, 1927 am gleichen Orte wieder nieder; nur schwarz-rot-gold darf hinfürder wehen. **Die Sozialdemokratie ist keine revolutionäre Partei mehr; sie will ausschließlich Staatspartei sein.** In Kiel hatte sich 1918 der USP-Geist angeschickt, eine politische Rolle in Deutschland zu spielen. In Kiel wurde 1927 diesem USP-Geist das Grab geschaufelt und der ehemalige Freiheitsredakteur hielt ihm die alle Herzen rührende und ergreifende Leichenrede. Was sich in Sachsen davon noch regt, ist bloßer Spuk auf dem Friedhofe; die ASPS wird, solange er da noch nicht seine letzte Ruhe gefunden hat, ihres schließlichen Sieges sicher, darauf achten, daß er niemand mehr nervös machen und in Schrecken versetzen kann."

(Volksstaat, 30. Mai 1927.)

R. R. Wir haben schon gestern **auf den Ausgang des Kieler Parteitages der SPD hingewiesen. Wir haben gezeigt, wie dort die Rechten rücksichtslos ihren Sieg durchgesetzt, wie die „Linken" brav und feige kapituliert haben.** Heute, nachdem uns nun insbesondere die „linken" Zeitungen vorliegen, wollen wir an Hand derselben zeigen, welche Stellung nun die „Linken" beziehen. Uns scheint das notwendig, weil es gilt, jetzt, nachdem die „linken" Führer offen ihre Stellung zum Parteivorstand, zur staatserhaltenden arbeiterfeindlichen Politik der Wels und Müller bekennen mußten, die Arbeiter um so mehr auf die Rolle der „Linken" aufmerksam zu machen. Die Arbeiteropposition, die Arbeiter, die den Brief des Ko. d. W. geschrieben, die Reichelt-Arbeiter dürften mit dem Verhalten der Edel, Böchel und Genossen nicht einverstanden sein. Wir aber müssen diesen Arbeitskameraden jetzt zeigen, wie die Edel und Böchel ihr frivoles Spiel des Arbeiterbetrugs für die Kieler kapitalistische Politik fortzusetzen gedenken. Wir müssen mit diesen Arbeiterkameraden in Fühlung bleiben und sie unterstützen in ihrem Kampfe gegen Verrat und Betrug, und sie ersuchen, mit uns zu kämpfen als revolutionäre Partei um die Befreiung und den Sieg des Proletariats. Wir setzen das Zitat aus dem Volksstaat der ASPS an die Spitze unseres Artikels, weil wir glauben, daß der Volksstaat das Richtige getroffen, weil das, was dort im Volksstaat deutlich und klar ausgesprochen, zu unzähligen Malen vor dem Kieler Parteitag von uns unterstrichen wurde. Zu unzähligen Malen haben wir den SPD-Arbeitern, die da glaubten, daß die „linken" Führer revolutionärer wären als die Wels und Müller, erklärt, daß es nichts anderes, daß sie vom selben Holze seien, wie die Rechten in Berlin. Der Parteitag hat das bewiesen. Wenn die „Linken" dort auch eine schwache Resolution eingebracht, in der sie aus taktischen Gründen eine Oppositionsstellung verlangten, so jubelten sie doch den Referaten von Hilferding, Crispien und Severing zu. Sie bekundeten damit ihre grundsätzliche Zustimmung zu der staatserhaltenden und staatsbejahenden Politik des Parteivorstandes.

Wieder hat der Volksstaat recht, wenn er schreibt:

„Der Edel gestand seine Begeisterung für Severing, und die Toni Sender redete fast so wie Hermann Müller. Ihre Anträge getrauten sie sich schon überhaupt nicht mehr zu begründen."

Interessant ist es nun, die „linken" Zeitungen zu lesen und zu sehen, wie sie ihren Lesern und Anhängern diesen Parteitag schmackhaft machen wollen. Wenn schon der Beginn des Parteitages mit einer bombastischen Aufmachung über „Rote Fahnen" bekanntgemacht wurde, wenn man dort die schwarz-rot-goldene Aufmachung verschwieg, so versucht man jetzt abzulenken von der Niederlage und die Einschwenkung vorzubereiten. In der Dresdner Volkszeitung begrüßt Grötzsch die Kapitulation geradezu mit Begeisterung. Er erklärt den Parteitag für den befriedigendsten seit der Verschmelzung mit der USP. Grötzsch schreibt:

„Es war ein Parteitag der Stärkung und der Sammlung, und Hilferding konnte in seinem Schlußwort feststellen: „In der Parteitagsdebatte haben sich die Gegensätze viel kleiner erwiesen, als man vorher erwartete."

Dann schwärmt Grötzsch weiter von dem ästhetischen Genuß, der ihm in der Diskussion bereitet wurde. Er bemerkt: „So war ein besonderer ästhetischer wie politischer Genuß jene Debatte, die dem Referat Hilferdings folgte." Die Leipziger Volkszeitung und das Sächsische Volksblatt sind zwar anderer Meinung. Die Leipziger Volkszeitung schreibt:

„Wenn der Vorwärts weiter meint, daß die Partei die Kraft gezeigt habe, „vorhandene sachliche Meinungsverschiedenheiten" auf einem hohen geistigen Niveau auszutragen, so ist das nicht ganz richtig. **Schon für die Debatte, die sich an das Referat des Genossen Hilferding anschloß, kann das nicht allgemein anerkannt werden.** Allerdings hat der Genosse Hilferding in seinem Schlußwort festgestellt, daß die Opposition sich durchaus der Sachlichkeit befleißigt habe. Wir werden auf diese Auseinandersetzungen in einem weiteren Artikel zurückkommen. Aber wenn wir uns in diesem Zusammenhange auf die Verhandlungen der ersten beiden Tage beschränken, **so muß gesagt werden, daß vom Parteivorstandstisch aus die Möglichkeit, sachlich zu debattieren, von vornherein sehr erschwert worden ist."**

Das Sächsische Volksblatt, das von Wels besonders schlecht behandelt wurde, schreibt in der gleichen Weise.